



Europäische Geopolitik

Die EU, die Türkei und die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen

Tobias Pflüger

Erst im letzten Moment gab die österreichische Außenministerin Ursula Plassnik ihren Widerstand gegen den am 17. Dezember 2004 vom EU-Rat einstimmig beschlossenen Beginn von Beitrittsverhandlungen zwischen der Europäischen Union und der Türkei mit dem Ziel einer Vollmitgliedschaft auf. Die Regierung Österreichs wollte das Ergebnis der Beitrittsverhandlungen offen halten und auch die von der deutschen CDU/CSU propagierte »Privilegierte Partnerschaft« als mögliches Ergebnis der Verhandlungen festschreiben. Ein weiterer bisher nicht geklärt Punkt ist die offizielle Anerkennung Zyperns durch die Türkei.

Am Ende des EU-Gipfels in Luxemburg konnten dennoch alle Beteiligten ihr Gesicht wahren: Die österreichische Regierung hatte in einem vermeintlichen Kompromiss die zeitnahen Beitrittsverhandlungen mit Kroatien durchgesetzt, und am Abend des 3. Oktober 2005 hielt der türkische Außenminister Abdullah Gül doch noch seine Rede, in der er von einem Wendepunkt der Beziehungen zwischen seinem Land und der Europäischen Union sprach und ankündigte, dass sich die Türkei sehr stark verändern werde, woraufhin Jack Straw, britischer Außenminister, jubelte: »Wir haben soeben Geschichte geschrieben«.

Der Weg der Türkei zur Vollmitgliedschaft wird zwar noch mindestens zehn Jahre dauern – Rechtsprechung, Medien-, Wirtschafts-, Religions- und Umweltpolitik müssen dem »Acquis Communautaire« der EU angepasst werden, und die Türkei wird in regelmäßigen Bestandsaufnahmen durch die EU-Kommission beurteilt werden – doch die Grundentscheidung über eine EU-Mitgliedschaft war schon lange zuvor gefallen. Denn der umstrittene Beitrittskandidat hat militärisch und ökonomisch viel zu bieten.

Im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments war der formale Entscheidung in Luxemburg die Stunde der Heuchler vorangegangen: Als Vorbereitung auf die Abstimmung und die Debatte im Plenum wurde im Ausschuss der so genannte Eurlings-Bericht diskutiert (benannt nach dem Autor Camille Eurlings, einem konservativen niederländischen Abgeordneten). Die Konservativen, für die Menschenrechte früher von untergeordneter Bedeutung waren, hatten dieses Thema plötzlich für die Türkei entdeckt, aber eigentlich war eine Vielzahl von ihnen aus anderen Gründen gegen den

EU-Beitritt der Türkei. Gleichzeitig redeten einige Sozialdemokraten und Grüne die miserable Menschenrechtslage in der Türkei schön, um eine schnelle Aufnahme von Beitrittsverhandlungen zu ermöglichen. Nie wurde die Debatte offen geführt. In der ablehnenden Haltung einiger Konservativer schwingen deutlich wahrnehmbare rassistische Untertöne mit. Die tatsächlich notwendige Kritik an der Menschenrechtssituation in der Türkei wurde hier also von beiden Seiten nur instrumentalisiert.

1. Meilenweite Distanz von Kopenhagen

Offizielle Grundlage für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen für den Beitritt eines neuen EU-Landes ist die Erfüllung der 1993 erstellten so genannten Kopenhagener Kriterien. Dazu zählen z.B. »stabile Institutionen, die imstande sind, die Demokratie zu garantieren, Rechtssicherheit, Menschenrechte, Anerkennung und Schutz der Minderheiten.« Ganz offensichtlich trifft dies auf die Türkei nicht zu.

Viele Menschen in der Türkei, insbesondere in den kurdischen Gebieten, setzen sehr viel Hoffnung in die

beginnenden Beitrittsverhandlungen und eine spätere EU-Mitgliedschaft. Sie glauben, dass sich ihre Situation entscheidend verbessern könnte. Gegenwärtig jedoch widerspricht die Situation im Land eindeutig den Kopenhagener Kriterien. Hierfür seien nur zwei Beispiele genannt. Auf einer »fact finding mission« der linken Fraktion im Europaparlament, der GUE-NGL, in der Türkei kam es unter anderem zu Gesprächen in Diyarbakir. Dort stellte sich heraus, dass die Gendarmerie drei Tage zuvor unter dem Vorwand der Terroristenjagd zwei Zivilisten erschossen hatte, einen 30 Jahre alten Vater und seinen zwölfjährigen Sohn. Es ist davon auszugehen, dass die Täter ohne den Besuch der Delegation von staatlicher Seite her keine Verfahren zu befürchten gehabt hätten. Selbst unter dem verstärkten Druck der Delegation ist dies zweifelhaft. Am 9. November 2004 verübten Angehörige des türkischen Militärs einen Bombenanschlag auf einen Buchladen in Semdinli, bei dem ein Mensch starb und sechs verletzt wurden. Die Täter wurden von der Bevölkerung festgehalten und der Staatsanwaltschaft übergeben, die sie aber hat laufen lassen. Danach kam es zu Massenprotesten, bei denen weitere vier Menschen starben.

Trotzdem hat die EU-Kommission den europäischen Staats- und Regierungschefs in ihrem Türkei-Bericht vom 6. Oktober 2004 empfohlen, die Beitrittsverhandlungen zu eröffnen.¹ Zeitgleich mit der Empfehlung der EU-Kommission wurde ein Zwischenbericht² und ein Papier mit dem Titel »Fragen im Zusammenhang mit der möglichen Mitgliedschaft der Türkei in der Europäischen Union«³ veröffentlicht. In den Mitteilungen der EU-Kommission hieß es damals, »die Kommission ist der Auffassung, dass die Türkei die politischen Kriterien von Kopenhagen zur Genüge erfüllt, und schlägt daher vor, eine Aufnahme der Beitrittsverhandlungen unter bestimmten Bedingungen ins Auge zu fassen.«⁴

Diese Aussage hielt allerdings nur bis zur Aufnahme der Verhandlungen, danach hörte sich das wieder anders an. Die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien sei nicht Kriterium für den Beginn von Beitrittsverhandlungen gewesen, so Erweiterungskommissar Olli Rehn auf Fragen im Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments.⁵



Kopenhagener Kriterien

- **Stabile Institutionen als Garantie für Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, etc.**
- **Eine funktionierende Marktwirtschaft und die Fähigkeit dem Wettbewerbsdruck und den Marktkräften in der EU standzuhalten**
- **Die Fähigkeit, das gesamte Recht der EU zu übernehmen und des Einverständnis mit den Zielen der EU**

2. Die Türkei: Geopolitisches Filetstück

Es stellt sich natürlich die Frage, weshalb der EU-Beitritt der Türkei so zielstrebig verfolgt wurde und wird. Die Antwort hierzu findet sich im erwähnten »Fragen«-Papier der EU-Kommission, vor allem in dessen erstem Kapitel, das mit der ebenso aufschlussreichen wie erhellenden Überschrift »Geopolitische Dimension« versehen wurde.

Gleich zu Anfang (S. 5) betont das Kommissionspapier die geografische Lage des Landes: »Die Türkei liegt an einer für Europa strategisch wichtigen regionalen Schnittstelle: Balkan, Kaukasus, Zentralasien, Naher Osten und östliches Mittelmeer; ihr Territorium ist eine Durchgangsstrecke für den Land- und Luftverkehr mit Asien und für den Seeverkehr mit Russland und der Ukraine. Ihre Nachbarn sind für Europa wichtige Energieversorger und sie verfügt über umfangreiche Wasserressourcen.«

Offenbar ist die Türkei aus Sicht der Kommission besonders als Transitland für Energieressourcen von besonderem Interesse: »Die Türkei hätte bei der *Sicherung der Energieversorgung* einer erweiterten EU eine wichtige Rolle zu spielen, da vor ihren Grenzen die energiereichsten Regionen der Erde liegen. Der türkische Beitritt könnte helfen, den Zugang zu diesen Ressourcen und ihre sichere Verbringung in den EU-Binnenmarkt zu gewährleisten. Er würde mögliche Versorgungsstränge der EU diversifizieren und Russland, dem Mittleren Osten und den Anrainerstaaten des Kaspischen Meeres alternative Exportmöglichkeiten eröffnen. Mit der Inbetriebnahme der Pipeline zwischen Baku und Ceyhan, neben der Pipeline am Bosphorus und der vom Nordirak nach Ceyhan, wird die Türkei ihre Rolle als wichtiges Durchgangsland für Erdöl voraussichtlich weiter ausbauen. Für Erdgas wird die Türkei ein zunehmend wichtiges Transitland zwischen der erweiterten EU und den kaspischen Erzeugern sowie dem Mittleren Osten.« (Kommissionspapier S. 8; Hervorhebung im Original)

Schon länger versucht die EU massiv ihren Einfluss auf die beiden energiereichen Regionen um das Kaspische Meer und den Mittleren Osten, im Fachjargon »Greater Middle East« genannt, auszudehnen. Diesbezüglich scheint man sich von einem Beitritt der Türkei besonders viel zu versprechen: »Mit dem türkischen Beitritt würden sich die Grenzen der EU bis hin in den südlichen Kaukasus (Armenien, Georgien und Aserbaidschan) und nach Syrien, Iran und Irak erstrecken. Dadurch würde sich die Union außenpolitisch mit Fragen zu beschäftigen haben, die zuvor als bilaterale Fragen zwischen der Türkei und ihren Nachbarn betrachtet worden wären.« (ebd., S. 5) Offensichtlich strebt man gezielt eine größere Rolle hinsichtlich der Konflikte in der Region des Greater Middle East an: »Der türkische Beitritt würde die Grenzen der EU auf Länder hin ausdehnen, die derzeit Spannungsherde sind, und er würde den Problemen der Region auf der außenpolitischen Agenda der EU einen höheren Stellenwert verleihen.« (ebd., S. 5)

Neben dem Öl des Persischen Golfes wird auch dem Kaukasus und Zentralasien große Beachtung geschenkt: »Der Beitritt der Türkei würde die Grenzen der EU auf *Armenien, Aserbaidschan und Georgien* ausdehnen. Über die Türkei könnte die EU auf den südlichen Kaukasus stabilisierend einwirken [...] Außerdem könnten die Beziehungen der EU zu Aserbaidschan, Georgien und Ländern um das Kaspische Meer mit seinen reichen Erdölvorkommen durch die türkische Mitgliedschaft gestärkt werden [...] Im Hinblick auf *Zentralasien* könnte die Türkei den politischen Einfluss der EU in dieser Region kanalisieren helfen [...] Außen- und sicherheitspolitisch könnte die Rolle der Türkei, die im Rahmen des NATO-Pro-



gramms »Partnerschaft für Frieden« in der Region an führender Stelle Hilfe leistet, die internationalen Verteidigungsbeziehungen Zentralasiens stärken.« (ebd., S. 7) Eine »Stärkung der Verteidigungsbeziehungen« bedeutet nichts anderes, als dass sich die EU vom Beitritt der Türkei eine deutlich verbesserte Fähigkeit zur Machtprojektion in diese geopolitisch-strategischen Schlüsselregionen verspricht.

3. Wichtiger Baustein auf dem Weg zur Supermacht

Die EU will die Türkei aufnehmen, weil damit die vorherrschende neoliberale und neoimperiale Politik der Mitgliedsländer weiter forciert werden kann: Der französische Sozialist Michel Rocard brachte es im Auswärtigen Ausschuss des Europaparlaments auf den Punkt: »Lassen Sie uns nicht so viel von Menschenrechten reden, lassen sie uns über das reden, um was es geht: um Geopolitik.« Und auch EU-Kommissar Günter Verheugen sagt, worum es geht: »Der Beitritt der Türkei würde Europa – ob Europa das will oder nicht – zu einem weltpolitischen Akteur ersten Ranges machen. Wir müssten bis dahin in der Tat in der Lage sein, eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik zu entwickeln, die diesen Namen auch verdient.«⁶

Damit wäre die EU wieder ein ganzes Stück weiter auf ihrem Weg hin zu einer militarisierten Supermacht. Ein Anspruch, der bereits in der Ende 2003 verabschiedeten Europäischen Sicherheitsstrategie klar formuliert wurde: »Als Zusammenschluss von 25 Staaten mit über 450 Millionen Einwohnern, die ein Viertel des Bruttosozialprodukts (BSP) weltweit erwirtschaften, ist die Europäische Union [...] zwangsläufig ein globaler Akteur [...] Europa muss daher bereit sein, Verantwortung für die globale Sicherheit und für eine bessere Welt mit zu tragen.«⁷

Nicht zuletzt wegen ihres enormen Militärpotenzials ist die Türkei von großem Interesse (Kommissionspapier S. 10): »Dank ihrer hohen Militärausgaben und ihres großen Streitkräftekontingents ist die Türkei in der Lage, einen bedeutenden Beitrag zur Sicherheit und Verteidigung der EU zu leisten: Relativ gesehen zählen die türkischen Militärausgaben zu den höchsten aller NATO-Mitglieder und belaufen sich auf 2,59% ihres BIP im Jahr 2004 und ihre Truppenstärke von 793 000 entspricht 27% der Streitkräfte der Europäischen NATO-Mitglieder und 3,9% der türkischen Erwerbsbevölkerung (im Vergleich zu durchschnittlich 1,7% in den anderen europäischen NATO-Ländern).«

Galt die Türkei jahrzehntelang als einer der engsten amerikanischen Verbündeten, scheint die EU nun

darauf zu spekulieren, Washington diesbezüglich abzulösen: »Die Türkei pflegt starke wirtschaftliche, politische und militärische Beziehungen zu den Vereinigten Staaten. Sowohl die Beziehungen Türkei-USA als auch die zwischen der EU und den Vereinigten Staaten standen nach dem Irakkrieg auf dem Prüfstand. Die Bedeutung der Türkei für die Vereinigten Staaten hat sich in den letzten 15 Jahren verändert; in der Vergangenheit waren die Vereinigten Staaten auf die militärischen Fähigkeiten und die geostrategische Lage der Türkei angewiesen, heute jedoch schätzen sie mehr ihre Rolle als Stabilitätsfaktor in einer potenziell instabilen Region.« (ebd., S. 9)

Gleichzeitig holt die EU sich mit der Türkei natürlich auch einen riesigen Markt ins Haus. Viele Linke in der Türkei haben deshalb die Befürchtung, dass das Land mit seinen schwachen, vom Staat vielfach behinderten gewerkschaftlichen Strukturen und üblen Arbeitsgesetzen ein »Paradies« für die neoliberale Politik der EU und ihrer Konzerne werden könnte. Auch diesbezüglich ist klar, dass die Türkei vor dem endgültigen Beitritt den neoliberalen *Acquis communautaire* der EU akzeptieren muss: »Die Aufnahme der Beitrittsverhandlungen dürfte die Türkei in ihren weiteren Anstrengungen unterstützen, makroökonomische Stabilität zu gewährleisten und Investitionen, Wachstum und soziale Entwicklung zu fördern. (ebd., S. 3) Die Türkei müsste den gesamten gemeinschaftlichen Besitzstand übernehmen, einschließlich der EWU, und zum EU-Haushalt beitragen.« (ebd., S. 13) Analog zu den militärischen Aspekten dürften diese wirtschaftlichen Aspekte dazu beitragen, dem in der Lissabon-Strategie im Jahr 2000 formulierten Ziel, Europa »zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt« zu machen, wieder ein Stückchen näher zu rücken. Ob damit eine Verbesserung der Lebenssituation in der Türkei selbst einhergehen wird, ist allerdings mehr als fraglich.

So lässt sich abschließend feststellen, dass die EU zwar paradoxerweise das Richtige tut, indem sie Ankara eine klar formulierte Beitrittsperspektive eröffnet, allerdings aus den grundfalschen Motiven und unter völlig falschen Voraussetzungen. Es ist dringend notwendig, die derzeitige Heuchelei rund um die Beitrittsverhandlungen zu thematisieren und die mit ihr zusammenhängenden geopolitischen Interessen offenzulegen. Ansonsten droht auch jede noch so geringe Chance, die Menschenrechtssituation in der Türkei zu verbessern, von den geostrategischen Interessen der Europäischen Union im Keim erstickt zu werden.

Aussichten

Es wird ab sofort nötig sein, noch stärker darauf zu achten, was die türkische Regierung und die EU-Staaten unternehmen. Eine der letzten Amtshandlungen der rot-grünen Bundesregierung war der Verkauf von 298 gebrauchten Leopard 2-Kampfpanzern aus den Beständen der Bundeswehr an die Türkei. 1999 hatten solche Vorhaben eben wegen der Menschenrechtslage und eines möglichen Einsatzes gegen die kurdische Bevölkerung noch für Krach in der Koalition gesorgt. Solche Befürchtungen werden heute einfach mit einem Verweis auf die begonnenen Beitrittsverhandlungen zwischen der Türkei und der EU abgewehrt. Dass Deutschland sein schweres Gerät an die zukünftigen Außengrenzen verkauft und sich im Zentrum der EU auf Spezialeinheiten und Battlegroups konzentriert, verdeutlicht indes den militärischen Charakter dieser Form der europäischen Integration.

Mit dem Regierungswechsel hin zur großen Koalition aus CDU/CSU und SPD wird die »Beitritts euphorie« zurückgehen, und immer mal wieder werden latent rassistische Töne zum EU-Beitritt der Türkei zu hören sein. Die CDU/CSU wird es sich nicht nehmen lassen, auf Kosten der Menschen in der Türkei eine nationalisierende Identitätspolitik zu betreiben. Doch die Interessen der neuen Regierung sind dieselben, und so wird auch sie die Beitrittsverhandlungen weiter

vorantreiben, wenn auch vielleicht in der Absicht, die Türkei bereits im Rahmen eines in die Länge gezogenen Beitrittsprozesses militärisch und ökonomisch zu instrumentalisieren, ohne es je zu einer Vollmitgliedschaft kommen zu lassen. In diesem Falle könnte sich das konservative Lager weiterhin über jede öffentlich gewordene Verletzung von Menschenrechten ins Fäustchen lachen, während öffentlich Betroffenheit geheuchelt wird. Was aber MenschenrechtsaktivistInnen und Linke nicht daran hindern sollte, Menschenrechtsverletzungen, wie zum Beispiel die hanebüchernen Dauerbestrafungen des schwulen Kriegsdienstverweigerers Mehmet Tarhan, immer und immer wieder öffentlich zu machen und zu kritisieren.

Anmerkungen

¹ http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/tr_recommandation_de.pdf

² http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/tr_2004_de.pdf

³ http://europa.eu.int/comm/enlargement/report_2004/pdf/issues_paper_de.pdf

⁴ <http://europa.eu.int/scadplus/leg/de/lvb/e50015.htm>

⁵ <http://tinyurl.com/94y7u>

⁶ Günther Verheugen in den ARD-Tagesthemen, 24.9.2004.

⁷ Ein sicheres Europa in einer besseren Welt. Europäische Sicherheitsstrategie, Brüssel, 12.12.2003, <http://ue.eu.int/uedocs/cmsUpload/031208ESSIIDE.pdf>.

Der Beitrag erschien in Tobias Pflüger/Jürgen Wagner (Hrsg.), Welt-Macht EUropa, Auf dem Weg in weltweite Kriege, VSA-Verlag Hamburg 2006 (S. 101-113).

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler M.A. Er ist Mitglied der Linksfraktion (GUE/NGL) des Europäischen Parlaments, Mitglied im Auswärtigen Ausschuss und Koordinator der Linksfraktion im Unterausschuss Sicherheit und Verteidigung. Zudem ist er Vorstandsmitglied der Informationsstelle Militarisation und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von Attac.